Wahlzeitung der Deutschen Volkspartei

Herausgeber: Landesverband Halle-Merseburg (11. Wahlkreis) der Deutschen Volkspartei Halle (Saale), Königstraße 84

Nr 2 — Halle (Saale), den 12. Mai — 1928

Sirenengesänge.

Noch jedesmal, wenn politische Wahlen nahen, erinnert sich die Sozialdemokratische Partei der freien Gewerkschaften und ruft ihre Mitglieder auf, nur der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme zu geben. Zwischen den Wahlen liest es sich anders! Da sind die freien Gewerkschaften unpolitische Zusammenschlüsse der Arbeiter, nur ihrer wirtschaftlichen Förderung bestimmt!

Daß dieses Doppelspiel für die sozialistische Partei gefährlich ist, liegt auf der Hand! Denn viele, die in die freien Gewerkschaften aus rein wirtschaftlichen Gründen eingetreten sind, fühlen sich durch die politischen Mißerfolge der Partei enttäuscht. Sie treten daher aus den Gewerkschaften aus oder verlagen der sozialistischen Partei die Gefolgschaft; viele lehnen es überhaupt ab, sich mit den freien Gewerkschaften und der diese für sich in Anspruch nehmenden sozialistischen Partei zu befassen.

Da hilft es denn für die sozialistische Partei: Dampf aufmachen, um die abtrünnigen oder abseits stehenden Wähler für den Wahlkampf einzufangen!

So hat sie denn auch unlängst wieder, und zwar in einer Berliner Versammlung der freien Gewerkschaften, durch einen Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Parole ausgeben lassen: „Jede Stimme der Sozialdemokratie!" Nicht ohne, daß zuvor dieser Gewerkschaftsführer den Hinweis für wünschenswert erachtete, daß die Gewerkschaften trotz der für den „oberflächlichen Kenner!" aus ihren Statuten zu folgernden „Neutralität" bisweilen mit politischem Geschehen zu rechnen habe. Bei diesem Aufruf zur Stimmabgabe für die sozialistische Partei behielt es jedoch nicht sein Bewenden, sondern mit anerkennenswertem Eifer wurden auch die Arbeiterwähler der bürgerlichen Parteien umworben, obwohl die Sozialdemokratie bekanntlich

Verantwortliche!
Wählt nicht Gruppen oder Grüppchen,
die da kochen eigne Süppchen,
laßt Euch kümmern kein Geschrei
wählt die Deutsche Volkspartei (Liste 4)

jeden stärkeren Arbeiteranhang dieser Parteien zu bestreiten pflegt und zu Zeiten für ihr Liebeswerben klaffende Absagen der bürgerlichen Arbeiterwähler auszuhalten hat.

Wenn nun die Arbeiter in dieser Versammlung davor gewarnt wurden, für die bürgerlichen Parteien zu stimmen, so ist diese Abwehr aus oben gedachten Gründen begreiflich. Verständlich ist es auch, daß eben dieser Gewerkschaftsführer, der hier anerkannte,

„daß die Rechtsparteien nicht zu Unrecht behaupteten daß sich ihre Wähler nicht aus den besitzenden Schichten, sondern zum größten Teil aus der Arbeiterschaft rekrutierten",

mitteilte,

„daß die Ursachen die diese Arbeiter zur Stimmabgabe für die bürgerlichen Parteien bewegten, ganz verschiedene seien."

Unverständlich ist jedoch der Zusatz:

„daß diese Ursachen nicht immer klar zu erkennen seien."

Daß die Ursache zur Stimmabgabe vieler Tausender von Arbeitern für die Rechtsparteien „ganz verschiedene" sind, trifft durchaus zu. Darin unterscheiden sich eben die den Rechtsparteien folgenden Arbeiterwähler von den Wählern der Sozialdemokratie. Sie denken über die politischen Ansichten der Parteien und ihrer Führer nach, bilden sich ihre eigene Meinung, und wünschen hierbei weder von den sozialistischen Gewerkschafts- noch von den sozialistischen Parteiführern gegängelt zu werden. Sie bekennen sich damit also erfreulicherweise

zu jener verfassungsrechtlich geschützten Gedankenfreiheit,

die die sozialistische Parteimaschinerie durch ihre Tausende von Streikten abzutöten unablässig bemüht ist, indem sie die Arbeiter nur in die einseitige Gedankenwelt des Sozialismus als die Alleinseligmachende einführt und gegen dessen angebliche Wahrheiten keinen Widerspruch aufkommen läßt.

Der Behauptung, „daß die Ursachen der Stimmabgabe der Arbeiter für die Rechtsparteien nicht immer klar zu erkennen seien", muß dagegen widersprochen werden! Nichtsozialisten sind die Gründe nur zu gut bekannt! Denn sie sind offenkundig und nicht zu unterdrücken, was der sozialistischen Partei selbstverständlich sehr unbequem ist. Denn ihre Wahltaktik arbeitet mit groben Mitteln. Deshalb werden gewisse, der Sozialdemokratie unerfreuliche Tatsachen mit dem Mantel des Schweigens bedeckt, und einseitig, wie sie nun einmal ist, hebt sie nur diejenigen Geschehnisse hervor, bei deren Erwähnung für sie wenigstens etwas Ruhm abfällt.

Im wesentlichen handelt es sich bei den Arbeiterwählern der Rechtsparteien um alle jene, die erkannt haben, daß der Sozialismus, obwohl er die politische Schlußfestsetzung zeitweilig in Deutschland behauptet, weder in der Lage war, die durch das Ausbeuterkartell der Feindbundstaaten dem deutschen Arbeiter auferlegte Frohn abzuschütteln, noch sein soziales Los zu bessern. Im besonderen halten sie aber in der Erinnerung fest, daß die Sozialdemokratie, der, wie es das obige Beispiel zeigt, um die Stimmen des deutschen Arbeiters bangt, in den letzten Jahren in der Opposition stand, und nicht nur Gesetzen ihren Beistand versagte, die zu den sozialen, das Arbeiterlos hebenden, zu zählen sind, sondern sogar mehrfach sich ihnen gegenüber ablehnend verhielt.

Sie wissen, daß die Sozialdemokratie mit den Demokraten

gegen das angenommene Arbeitszeitnotgesetz unter der Begründung gestimmt

hat, daß seine Verbesserungen dem Arbeiter keinen Nutzen brächten obwohl es den grundsätzlichen Achtstundentag wieder einführte, die freiwillige Ueberarbeit beseitigte und die Arbeitgeber verpflichtete, etwa notwendig werdende Mehrarbeit mit angemessenen Zuschlägen zu bezahlen.

Sie wissen das, wie gesagt, und ebenso weiß es die freie Gewerkschaft und die sozialistische Partei, denn in obiger Versammlung mußte der Gewerkschaftsführer zugeben, daß das Gesetz, einer Erhebung zufolge, erhebliche Verbesserungen gebracht habe.

Die Arbeiterwähler der Rechten wissen ferner, daß die bürgerlichen Parteien

das Arbeitsgerichtsgesetz verabschiedet

haben, das Millionen Arbeitnehmern eine schnelle und bessere Arbeitsgerichtsbarkeit sicherte. Auch haben sie nicht vergessen, daß es die bürgerliche Regierung Marx — Hergt — Stresemann war unter der das

Gesetz der Arbeitslosenversicherung verabschiedet

und gleichzeitig auch die Arbeitsvermittlung einheitlich geregelt wurde. Gesetze, deren ersteres unter Fortfall der Prüfung der Bedürftigkeit, wie bei der Erwerbslosenfürsorge, nach Maßgabe der geleisteten Beiträge Unterstützungssätze, gestaffelt bis zu 37,80 M. je Woche, dem arbeitslosen Arbeiter gewährt, ihm also einen Rechtsanspruch auf Unterstützung verleiht, während das letztere eine wirkungsvolle Arbeitsvermittlung unter Führung des Reiches ermöglicht.

Alle diese Gesetze, denen sich jene über die Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien, die Erhöhung der Leistungen der Invalidenversicherung, der Erhöhung der Krankenversicherungsgrenze auf 3600 M., über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft, die Fristen für die Kündigung von Angestellten anschließen hat die Gesamtheit der Arbeitnehmer freudig begrüßt, trotzdem die Sozialdemokratie in der Opposition stand, und heute, um sich vor den Arbeitnehmerwählern zu entschuldigen, schüchterne Verlegenheitsausreden stammeln muß, wie sie z. B. vom Arbeitslosenversicherungsgesetz von Gefahren zu berichten weiß, mit denen dieses Gesetz die Arbeiter bedrohen soll.

Sollte diese Haltung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften wohl der

Ausfluß einer katzenjämmerlichen Stimmung

sein?

Der sozialistische Reichstagsabgeordnete Aufhäuser führte am 9. Februar 1925 im Reichstag aus: „Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, sozialpolitisch zu decken, was die soziale Reaktion des heutigen Rechtskabinetts will." Sein Parteifreund, der Reichstagspräsident Löbe, aber widmete am 31. März 1928, also drei Jahre später dem scheidenden Reichstag Worte voller Anerkennung, die also das gerade Gegenteil der Vorhersage Aufhäusers waren, denn sie bescheinigen der bürgerlichen Regierung und den bürgerlichen Parteien den vollen Erfolg ihrer gesetzgeberischen Maßnahmen. So setzte er die gegen die arbeiterfreundliche Sozialpolitik dieser Regierung und ihrer Parteien gerichteten Angriffe völlig schachmatt und öffnete den deutschen Arbeitnehmern darüber die Augen, wer ihre Lebensbedingungen während des letzten Tagungsabschnittes verbessert hat und wer nicht!

Mag die Sozialdemokratie sich drehen und winden, wie sie will:

Die deutsche Arbeiterschaft hat erkannt, daß Oppositionsparteien, die in der Regierung keine Verantwortung tragen, viel versprechen können, die Erfolge der Regierungsparteien aber fruchtbarer sind.

Deshalb läßt sie ihr selbständiges Denken den Parteien zuströmen, die wirklich für sie segenbringend gewirkt haben und heißt sie bürgerlich wählen, also vor allem

Deutsche Volkspartei, Liste 4!

Dr. G. Stresemann 50 Jahre.

Zum 50. Geburtstag am 10. Mai 1928.

In seiner „Harzreise" notiert Goethe einmal: „Die Menschen streichen sich recht mir auf, wie auf einen Prodierstein." Es wird in diesen Tagen nicht an Menschen fehlen, die dem Reichsaußenminister vorrechnen, was er als Politiker und Staatsmann falsch gemacht oder aber in Gedanken und Form andern entlehnt habe. Es wird vielleicht noch Jahre dauern, bis die Staatskunst Stresemanns in ihren tatsächlichen Erfolgen im Wiederaufstieg Deutschlands unangreifbar und unantastbar Geschichte geworden ist.

Fünfzig Jahre ist an sich keine Spanne Zeit, die ein Lebenswerk vollendet. Allein Dr. Stresemann hat von diesen fünfzig Jahren ein ganzes Menschenalter dem Dienst am deutschen Volke geweiht. Und diesen Dienst hat das deutsche Volk immer da gesucht, wo es am tüchtigsten ist: bei seiner Arbeit. Stresemann gehört zeitlich der Generation an, die berufen war, das deutsche Volk in der staatlichen Form des Kaiserreiches zu einer politisch und sozial geeinten Nation von internationalem Ausmaß zu gestalten. Die Aufgabe dieser Generation war viel schwerer, als uns das heute in der zeitlich noch gering bemessenen Entfernung scheint. In einem Volke, in dem es Dynastien von fast absoluter Allmacht, dazu Reste einer Feudalverfassung, ein demokratisches Wahlrecht und soziale Klassenkämpfe gab, mußte der Wille zur selbständigen Nation mit dem starken Bewußtsein der inneren und äußeren Unabhängigkeit unter Mühen und Rückschlägen geschaffen werden. In dieser schicksalshaft berufenen Nation wurzelt Dr. Stresemann.

Als junger Student gehört er der akademischen Gruppe an, die als „Reformburschenschaft" so etwas wie den linken Flügel der studierenden Jugend bildete. Es war eine symbolische Handlung, daß Stresemann als Sprecher seiner Verbindung 1898 am Grabe der Märzgefallenen aus Anlaß der Fünfzigjahrfeier einen Kranz niederlegte, der die Widmung trug: Den Kämpfern für Ehre, Freiheit und Vaterland!

Da Stresemann sich kein Brotstudium gewählt hatte, in sich selbst vielmehr die Berufung fühlte, so fügte es sich in die Stufenfolge seiner Entwicklung, daß er unmittelbar von der Hochschule an die Lösung einer der wichtigsten organisatorischen Aufgaben der deutschen Wirtschaft heranging. Er war zunächst Assistent eines industriellen Fachverbandes in Sachsen, eine Stellung, die er bald darauf wechselte, um im größeren Rahmen und im größeren Aufgabenkreis die Ortsgruppen des Bundes der Industriellen in Sachsen zum Landesverband Sächsischer Industrieller auszubauen. Wenn im Bunde der Industriellen am 1912 rund 45 000 Betriebe vereinigt werden, so war auch das mit ein Verdienst Stresemanns. Der Reichsverband der Industrie, der nach dem Kriege aus dem organisatorischen Zusammenschluß des Zentralverbandes der Industriellen und des Bundes der Industriellen hervorgegangen ist, hätte wohl nicht die bedeutsame Stellung in der deutschen Wirtschaft beziehen können, wenn nicht die Organisation der mittleren und kleineren Betriebe im Bunde der Industriellen schon vorhanden gewesen wäre.

Im Jahre 1907 wurde Stresemann in den Reichstag gewählt. Hier war es Ernst Bassermann, der die politischen Fähigkeiten Stresemanns erkannte, der ihn förderte und schätzte, mit dem er schließlich in enger persönlicher Freundschaft verbunden war. Es ist die Tragik des deutschen Schicksals, daß in dem gewaltigen Verteidigungskriege die wirklich staatsmännischen Köpfe des deutschen Volkes gewissermaßen nur auf der Nebenbühne wirken konnten. Stresemann hätte kein vollblütiger Deutscher sein müssen, der er ist, hätte er nicht an den Sieg und die Selbstbehauptung des deutschen Volkes geglaubt. Wenn der Sieg auch entglitt, der starke Wille zur Selbstbehauptung ist geblieben. Stresemann selbst hat Anfang Oktober 1918, als der Zusammenbruch drohte, von sich gesagt, daß er nicht zu denen gehören wolle, die nun die Welt schmerzensmüde ihren Gang gehen lassen. Schon 1916 hatte er im Reichstag ausgeführt, daß es nach diesem Kriege trotz alledem einen europäischen Gedanken geben werde und müsse. Wieder wollte es die Tragik des deutschen Schicksals, daß nach dem Zusammenbruch die Leitung der deutschen Staatsgeschäfte zum Teil Männern anvertraut war, die in fatalistischer Selbstverleugnung die einzige Rettung in blinder Unterwerfung sahen. Erst in der höchsten Not des deutschen Volkes, als der Ruhrkrieg schon verloren war, übernahm Stresemann mit dem Reichskanzleramt die Führung der deutschen Außenpolitik. Was Stresemann hier geleistet hat, das gehört heute schon der Geschichte an.

Von Stresemann gilt gerade in Beziehung auf seine Außenpolitik der gedankenreiche Ausspruch Jakob Burckhardts: „Der echte Staatsmann sieht zunächst überall die wirkliche Lage der Dinge und der möglichen Machtmittel und läßt sich durch keinen bloßen Schein blenden und durch keinen Lärm des Augenblicks betäuben." Das deutsche Volk, das nicht durch parteipolitische Leidenschaft sich selbst zerstört, hofft zuversichtlich, daß der Staatsmann Gustav Stresemann das Ziel seiner Politik erreicht. Deutschland und das deutsche Volk wieder frei und groß zu machen.

Aus der Partei der „Allesbesserwisser"!

Gegen die hemmungslose Kritiksucht der Wirtschaftspartei wandte sich im letzten Reichstag in seiner Rede zum Reichswirtschaftsetat Reichstagsabgeordneter Senator a. D. Bénthien mit folgenden Ausführungen:

„Wenn ich hier den Wunsch ausspreche, daß angesichts der furchtbaren Gesamtnotlage, in der unser Volk sich befindet, die Kritik an den Maßnahmen der Reichsregierung doch sachlich bleiben möge, dann meine ich, mir dadurch die Zustimmung aller Gerechtdenkenden zu verdienen. Und wenn es gleich zwecklos sein mag, so möchte ich an meine Kollegen von der Wirtschaftspartei doch den Wunsch äußern, in ihrer Kritik zurückhaltender jedenfalls sachlicher zu sein. Die Dinge sehen sich nämlich immer anders an, wenn man selbst die Verantwortung für das, was man fordert, mit tragen muß. Es kann sehr wohl sein, daß die Kritik, meine Herren Kollegen von der Wirtschaftspartei, später sich gegen Sie selbst richtet; wenn Sie sich der Verantwortungspflicht nicht mehr entziehen können, dann sieht der Mittelstand, daß das, was Sie forderten, in der Position der Verantwortlichen niemals erfüllbar sein kann. Ich bitte, mir diesen Appell nicht übelzunehmen, aber es ist doch tatsächlich so, daß Sie landauf, landab alles bekritteln, was die bürgerlichen Parteien für den Mittelstand zu erreichen suchen.

Unsere Gesamtlage ist nun so bitterböse, daß alles, was überhaupt an Besserungen erzielt werden kann, dankbar gerade von denen begrüßt werden sollte, die sich vorgenommen haben, speziell dem gewerblichen Mittelstand zu dienen. Wir werden ja nun die Probe aufs Exempel sehen. In Sachsen und Thüringen hat sich die Wirtschaftspartei der Verantwortung nicht entziehen können, und nun wartet die deutsche Oeffentlichkeit darauf, wie all das erfüllt werden wird, was man versprochen hat!"

„Sie wissen nicht, was sie wollen!"

Im Herbst 1925 hatte im Landtagsausschuß für Handel und Gewerbe die Wirtschaftspartei eine große Anfrage eingereicht, die ihr Abgeordneter Arlesdt begründen sollte. Er tat das in folgender, wahrhaft klassischer Form:

„Ich kann diese Anfrage nicht begründen, bis diese Regierung uns über den Stand der Dinge informiert hat. Vorderhand wissen wir nicht, was wir mit der großen Anfrage Nr. 69 wollen. Ich bitte deshalb, unsere Anfrage vorläufig zurückzustellen!"

Der Sitzungsbericht verzeichnet nach dieser Erklärung „Schallende Heiterkeit". Wir möchten dazu noch bemerken: „Ein jeder blamiert sich eben so gut wie er kann!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-19280512033/fragment/page=0001

Immer neue Erfolge!

Wahlkundgebungen der Deutschen Volkspartei.

Im „Tivoli" in Torgau sprachen vor gutbesetztem Saal Abg. Heidenreich und Frau Witholz, der erstere über die Frage „Warum Neuwahlen?", die letztere über die Rentnerversorgung. Wir lesen darüber u. a. in der Presse: Oberzollinspektor Claeßner eröffnete die Versammlung und begrüßte Redner und Zuhörerschaft, um dann sogleich dem Redner das Wort zu erteilen. Wir haben, so etwa führte er aus, bitter nötig, Erziehungsarbeit an der Jugend zu leisten, und deswegen ist die Volkspartei stets für Heraufsetzung des Wahlalters eingetreten. Die Unterordnung des einzelnen in das Ganze ist unbedingt nötig. Auch im Wirtschaftsleben, wo Nationalisierung und Intensivierung der Betriebe ein Hauptersordernis der Zeit sei, Wirtschaft und Politik haben sich unbedingt zu ergänzen und zu unterstützen, wie es die zahlreich abgeschlossenen Handelsverträge zum Beispiel bewesisen. Innenpolitisch sei die Folgerung dieses Satzes die Ablehnung der berufsständischen Parteien, die ja doch immer wieder auf die Mitarbeit mit den großen Parteien angewiesen sind, um etwas zu erreichen. Der Redner wandte sich dann den Erfolgen der Partei zu, die unverkennbar seien. Wir hatten noch vor fünf Jahren eine kommunistische Regierung in Thüringen, eine Regierung Zeigner in Sachsen, und der Hitler-Marsch von Bayern her hätte für das Staatsganze gefährlich werden können. Außenpolitisch sei die Gleichberechtigung mit den anderen Staaten erreicht, Köln, die 1. und 2. besetzte Zone wurden geräumt, die Handelsflottenfahrt ist freigegeben, und Parker Gilbert sucht wegen einer Revision des Dawesgutachtens gegenwärtig Fühlung mit den Hauptstädten der Welt, weil man drüben ebenso gut wie hier weiß, daß wir nicht zahlen können. Das Scheitern des Reichsschulgesetzes, das man so gern der Volkspartei in die Schuhe schiebt, ist in Wirklichkeit auf die übersponnenen Forderungen des Zentrums zurückzuführen. Darum haben wir Neuwahlen. Unmittelbar daran anschließend sprach Frau Witholz über Rentnernot und Rentnerversorgungsgesetz. Sie bezeichnete die Lage unserer Rentner als ein Schandmal deutscher Kultur und schilderte eingehend die Notlage dieser Aermsten. Gerade die Volkspartei habe sich seit vielen Jahren in enger Zusammenarbeit mit dem Rentnerbund befunden und sei von jeher für ein Rentnerfürsorgegesetz eingetreten. Leider sei das an dem Widerstand sämtlicher anderer Parteien bisher gescheitert. An der Diskussion beteiligten sich je ein Vertreter der Volksrechtspartei, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten. Im Schlußwort konnte der Redner die vorgebrachten Einwände beantworten und widerlegen.

Ueber das gleiche Thema sprach Abg. Heidenreich in Dommitzsch (Kreis Torgau). Die Presse schreibt u. a.: Im Gasthof „Roter Hirsch" entwickelte der Landtagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei Heidenreich, Halle, vor seiner Zuhörerschaft die Stellung seiner Partei zu wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Fragen. Die Not des gesamten handels- und gewerbetreibenden Mittelstandes findet letzten Endes ihre Erklärung in der unbestreitbaren Notlage der Landwirtschaft, die einfach nicht in der Lage ist, die Erzeugnisse des Handwerker- und Gewerbestandes sowie der Industrie aufzunehmen. Er warnte eindringlich vor der Gefahr der berufsständischen Orientierung der Parteien im Parlament, wie sie jetzt in der Bildung von Splitterparteien zum Ausdruck kommt. Das Gegebene sei, sich einer der großen weltanschaulich eingestellten Parteien, denen alle Schichtungen der Bevölkerung angehören, anzuschließen. Nachdem er dann die ungeheueren wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres Volkes vor wenigen Jahren gezeichnet und die Stresemannsche Politik verteidigt hatte, ging er zum Schluß auf die Haltung der Deutschen Volkspartei bei den Schulgesetzkämpfen ein.

*

Kultur- und Wirtschaftsfragen.

In Hauteroda fand im Gasthof eine sehr stark besuchte Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei statt. Der Referent, Dr. Moesta, behandelte zunächst die Regierungskrise und die Schulfragen, die zu ihr den Anlaß gegeben hatten. Hierauf besprach er sich eingehend mit wirtschaftspolitischen Fragen, insbesondere mit der Lage der Landwirtschaft und der Notstandshilfe. Hierbei gedachte er besonders der segensreichen Tätigkeit des volksparteilichen Mitgliedes des Reichstages, des Bauernhofbesitzers Hamkes, dem ein wesentliches Verdienst an dem Zustandekommen des Gesetzes zugesprochen werden muß. Die Landwirtschaft sei die Schlüsselindustrie unserer ganzen deutschen Wirtschaft. Für die Volkspartei heiße es: Nicht Industrie oder Landwirtschaft, sondern Industrie und Landwirtschaft. Dies komme auch in den Handelsverträgen zum Ausdruck, die sich redlich bemühten, gerade bäuerliche Belange zu berücksichtigen. Nachdem der Redner dann noch die Kleinrentnerhilfe und die Mittelstandsgesetze behandelt hatte, wandte er sich zu einer ausführlichen Darstellung der auswärtigen Politik. Sie habe das große Ziel der Festigung unserer Währung gehabt. Angesichts unserer völligen Wehrlosigkeit sei ein anderer Weg als durch Verhandlungen zum Ziele zu gelangen, heute nicht erkennbar. Den Tadlern des Dr. Stresemann müsse man entgegenhalten, daß sie bisher die Weisung anderer dankbarer Wege ebenso unterlassen hätten, wie die Nennung eines anderen ebenso tüchtigen Mannes. Diese Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und die im Anschluß hieran gestellten Fragen und Aeußerungen zeigten die rege Anteilnahme und die uneingeschränkte Zustimmung der Versammelten zur Deutschen Volkspartei.

Deutsche Staatspolitik ist nötig.

Illusionen sind verderblich. Einigkeit tut not. Zersplitterung ist Unfug. Der vernünftige Wähler stimmt daher für Liste 4, Deutsche Volkspartei!

Futterkrippenpolitik, aber keine Leistungen —

die Kennzeichen der bisherigen preußischen Regierungskoalition!

Die preußische Regierung der letzten Jahre war bekanntlich eine Minderheitsregierung, deren Taten im umgekehrten Verhältnis stehen zu der Länge des „Rechenschaftsberichtes", der auf Kosten der preußischen Steuerzahler — und diese Kosten sind nicht unerheblich — gedruckt und den Zeitungen beigelegt worden ist. Diese preußische Regierung hat es aber ganz ausgezeichnet verstanden, politische Beamte mit dem „Mitgliedsbuch" in allen möglichen Stellen unterzubringen; in aller Erinnerung steht ja noch der große Beamtenschub unter den Regierungspräsidenten. Der Leerlauf in Preußen wird in trefflicher Weise illustriert durch einen Artikel des Vorsitzenden der volksparteilichen Landtagsfraktion, D. Dr. v. Campe, in der „Täglichen Rundschau", dem wir folgendes entnehmen:

Alle wirklich größeren Gesetzgebungsaktionen sind gescheitert — so Städteordnung, Landgemeindeordnung, Städtebaugesetz, Verordnung der Hauszinssteuer. An andere hat man sich noch nicht einmal herangewagt, so die Verwaltungsreform, Aufhebung der kleineren Landratsämter. Man kündigte sie an, aber brachte sie nicht ein. Die sogenannte kleine Verwaltungsreform, von der Deutschen Volkspartei beantragt, verschleppte man! An wichtigeren Aktionen gelangen der Hohenzollernvergleich, das Polizeibeamtengesetz, Gesetz über die Preußenkasse. Der Hohenzollernvergleich erfolgte auf unsere Anregung. Das Polizeibeamtengesetz wie das Gesetz über die Preußenkasse waren fast schon geschietert, da trat die Regierung mit uns in Verhandlungen, nahm unsere Vorschläge grundsätzlich an, duldete die Einigiftung des Preußenkassengesetzes von kleinen sozialisierenden Zugaben.

So empfing sie diese Gesetze aus unserer Hand!

Aus keinem Mißerfolg zog die Regierung parlamentarische Folgen!

Das Regieren Führen heißt, begriff sie nicht. Mit der Opposition trat sie nie im voraus, immer erst, wenn es auf den Fingern brannte, in Verbindung, und auch da nur selten. Die Verwaltungsreform wollte Severing erst einbringen, wenn die Parteien sich geeinigt hätten. Diese Einigung herbeizuführen, tat man nichts! Parlamentarismus bedeutet nicht, dem Parlament jede Initiative zu überlassen.

Achtzehnmal konnte die Regierung eine Mehrheit nur durch die kommunistischen Stimmen erreichen.

Fünfmal mußten wir einen Ministerpräsidenten wählen.

Neungehnmal über Vertrauensanträge abstimmen.

Es gab stets Reibungen mit dem Reich wie den Bundesstaaten. Ja es kam zum ernsten Streit zwischen Preußen und seinen Provinzen. Fünfmal wurde der Staatsgerichtshof oder das Oberverwaltungsgericht angerufen — oft mit Erfolg.

Die Minister kämpften offen gegeneinander.

Der Justizminister mußte dem Ministerpräsidenten wegen seiner Hamburger Angriffe gegen die Richter rektifizieren. Der Finanzminister bekämpfte das Wohnungsprogramm des Wohlfahrtsministers im Landtag. Das Verhältnis zwischen Regierung und Regierungsparteien, das dieser Parteien untereinander, zeigte manche Trübung. Lauscher schob der Preußenregierung einen Teil der Schuld am Mißlingen des Schulgesetzes zu, mißbilligte die preußische Denkschrift und deren Begründung. Heß hat spottend nichts dagegen, wenn noch weitere zwölf Demokraten über die Klinge springen! Das Zentrum treibt Opposition, zu Obstruktion gegen die einheitliche Stimmabgabe im Reichsrat.

Obstruktion ist an der Tagesordnung!

Es gilt ein für alle Mal, festzustellen, daß die Regierungsparteien dieses äußerste Mittel der Opposition eingeführt haben. Sie obstruierten zuerst! Es geschah das am 23. Januar 1925 bei der Abstimmung über einen völkischen Vertrauensantrag. Man befürchtete Ablehnung: So obstruierte man und rettete das Kabinett!

Sechsmal haben die Regierungsparteien zur Obstruktion gegriffen. Die Opposition folgte. Das war ihr nicht zu verübeln. Ihr steht Obstruktion eher noch zu. Immerhin brachte sie es nur auf dreizehnmal. Gings gar nicht anders, so schuf die Regierung künstlich durch Vertagung eine parlamentlose Zeit oder benutzte die Ferien, um mit einer Notverordnung im Ständigen Ausschuß sich durchzusetzen. **Bei der illegalen Zusammensetzung der Ausschüsse hatte man hier ja eine Mehrheit, die im Landtage selbst fehlte.**

Das ist das wahre Bild dieser drei Jahre!

Das nennt sich stabile Verhältnisse. Kleine Mißerfolge, Leerlauf, „organisierte Unfruchtbarkeit". Zufallsmehrheiten sind die Signaturen dieser Jahre und blieben es, zumal die Regierung in den letzten zwei Jahren mit größerer Sicherheit auf die Kommunisten rechnen konnten, weil diesen seit der Hindenburg-Wahl eine allzu schroffe Opposition von Moskau untersagt war. Es war ein Fortwursteln, kein Regieren!

Die Regierung triumphiert, daß der alte Kastengeist verschwunden sei, daß bestimmte Familien nicht mehr bevorzugt würden. Wir haben das immer bekämpft. Aber an die Stelle von Familie und Kaste ist heute die Partei getreten und das ist schlimmer!

Der „Rechenschaftsbericht" der Regierung nennt unsere Zukunftsaufgaben als geradezu „bagatellenhaft" gegenüber dem, was erreicht sei. **Das ist selbstzufrieden und kurzsichtig zugleich!** Gewiß, Ordnung und Ruhe sind wiedergekommen; **dazu hat auch die Deutsche Volkspartei** in starkem Maße beigetragen!

Aber die Aufgaben der Zukunft sind riesenhaft:

Ausgleich der alten und neuen Zeit als wesentlichste Grundlage einer einheitlichen Staatsgesinnung, innerer Zusammenschluß, Lösung des Problems: Reich, Preußen, Länder-Reform der Weimarer Verfassung, des Wahlrechtes, der Verwaltung — Finanzausgleich und grundlegende Finanzreform — Gesundung des Parlamentarismus, Befreiung des Rheinlandes, Regelung der Kriegsschulden, Ostfragen u. a. m. sind das wirklich Bagatellen?

Und Preußen hat daran mitzuarbeiten!

Die Regierung hat in geradezu verletzender Weise der Opposition ihren Willen aufzwingen wollen. Severing wie Braun haben schließlich doch zugeben müssen, daß ohne die **Deutsche Volkspartei sachliche Arbeit nicht zu machen sei. Mit Recht!** Aber das hat seine Grenzen an wirklichen Staatsnotwendigkeiten. Die Regierung nahm für sich und die Regierungsparteien alle Annehmlichkeiten und alle politischen Beamtenstellen in Anspruch — und wollte uns jede Unbequemlichkeit überlassen. Die Mahnung von Richters am 1. Dezember 1925, „so gutmütig sind wir nicht", schlug sie in den Wind.

Kurzsichtigkeit und Parteiegoismus der Regierung und der sie stützenden Parteien haben den Leerlauf verschuldet. Bedeutsame Reformaufgaben — vor allem die dringend notwendige Erleichterung der Steuerlasten und die Vereinfachung und Verbilligung des Staatsapparates — blieben ungelöst, wurden größtenteils gar nicht in Angriff genommen.

Aber die Futterkrippenpolitik feierte Triumphe!

Außen- und Wirtschaftspolitik der D. V. P.

Ueber dieses Thema sprach im Gasthof in Doberschütz (Kreis Eilenburg) in öffentlicher Versammlung Dipl.-Kaufmann Schneider, Berlin. Redner ging nach einleitenden Worten auf die Außenpolitik Dr. Stresemanns ein unter besonderer Betonung, daß diese Verständigungspolitik heute von den meisten Parteien als der einzig mögliche und richtige Weg anerkannt wird. Besonderes Interesse fanden die Ausführungen über wirtschaftspolitische Fragen, vor allem über die der Landwirtschaft. Der Redner erntete starken Beifall; sein Standpunkt wurde von den Diskussionsrednern unterstrichen. Mit einem Schlußwort von Dr. Lichti, dem Leiter der Versammlung, war die in jeder Beziehung erfolgreiche Veranstaltung beendet.

Deutsche Wirtschaftspolitik.

Um einen Sonntagnachmittag auszufüllen, wurde von Dr. Böhmer in Dubro, Kr. Schweinitz, auf dem Wege von Schlieben nach Schönewalde haltgemacht und gegen 3 Uhr nachmittags vom Gemeindediener eine Versammlung der Deutschen Volkspartei ausgerufen. Das Ergebnis war, daß um 4 Uhr die beiden Gasthaussäle mit etwa 50 Personen besetzt waren. Dr. Böhmer sprach unter großer Aufmerksamkeit der Zuhörer über die deutsche Wirtschaftspolitik. Nach Schluß der Versammlung wurde von einem Teilnehmer, der der Deutschnationalen Volkspartei angehört, die Stresemannsche Politik kritisiert. Dr. Böhmer entgegnete sachlich, und seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall aller Teilnehmer.

Unsere Wahlkundgebungen

Ortsverein Halle.

Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr, spricht im Hohenzollernhof, Magdeburger Straße 66, Staatsminister Leutheuser (Thüringen) über „Unser Dienst an Volk und Staat".

Montag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, spricht im Bierhaus Engelhardt, Bernburger Straße 24, Frau Stadtverordnete Lasse (Wurzen) für die Kleinrentner über „Rentnernot und Rentnerversorgung".

Saalkreis.

Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr,
Löbejün: Schützenhaus, Landtagsabgeordneter Heidenreich und Frau Leo, Halle.
Freitag, den 11. Mai, abends 8 Uhr.
Raucndorf: Gasthaus Elste, Herr Barthel, Halle.
Schleitau: Gasthaus Nebrich, Herr Karl Schneider.
Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr.
Trebitz: Gasthaus Seiler, Dr. Böhmer.
Ammendorf: Helms Gasthof, Landtagsabgeordn. Dr. Neumann über „Wer hilft dem Mittelstand?"
Sonntag, den 13. Mai, abends 8 Uhr.
Beachstedt: Deutsches Haus, Brenner, Merseburg.

Landesverband Halle-Merseburg.

Freitag, den 11. Mai, abends 8 Uhr.
Artern: Abgeordneter Heidenreich.
Lützen: Abgeordneter Dr. Neumann.
Klopzig: Hauptmann a. D. Mathy.
Helfta: Dr. Moesta.
Cannawurf: Dr. Böhmer.
Rohla: Landgerichtsrat Lohmeyer.
Webau: Kaufmann Böhme.
Eisdorf bei Lützen: Lehrer Altstädt.
Almerich: Mittelschullehrer Brenner.
Lützen: Frau Witholz.
Wölpern: Schlossermeister Holke.
Roßbach: Studienrat Frank.
Schkorlesben: Lehrer Büchner.
Zorbau: Hauptlehrer Poetzsch.
Pratau: Gauvorsteher Feger.
Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr.
Bad Kösen: Abgeordneter Dr. Cremer.
Schafstädt: Hauptmann a. D. Mathy.
Heiligenthal: Dr. Moesta.
Reinsdorf: Dr. Uth.
Weidenhain: Obersteuerinspektor Gohlke.
Mansfeld: Landgerichtsrat Lohmeyer.
Großhelmsdorf: Kaufmann Böhme.
Niedermünsch: Lehrer Altstädt.
Beesha: Mittelschullehrer Brenner.
Kroptstädt: Gauvorsteher Merkel.
Unterrißdorf: Prokurist Brennig.
Bad Kösen: Frau Witholz.
Burgstaden: Oberpostrat Krämer.
Spergau: Schlossermeister Holke.
Niederröblingen: Studienrat Frank.
Borau: Hauptlehrer Poetzsch.
Zwochau: Gauvorsteher Feger.
Landsberg: Dr. Rochlitz.
Zörbig: Abg. Syndikus Dr. Grundmann.
Sonntag, den 13. Mai.
Hettstedt: Abgeordneter Dr. Cremer.
Ermsleben: Abgeordneter Dr. Cremer.
Langendorf: Abgeordneter Heidenreich.
Oberröblingen: Abgeordneter Heidenreich.
Oberheldrungen: Nachmittags Abgeordneter Dr. Neumann.
Nebra: Abends Abgeordneter Dr. Neumann.
Starsiedel: Hauptmann a. D. Mathy.
Heringen: Feger, Hamburg.
Wallhausen: Feger, Hamburg.
Schönewerda: Dr. Uth.
Gehofen: Dr. Uth.
Bothfeld: Dr. Böhmer.
Crölwitz bei Bürrenberg: Dr. Böhmer.
Freist: Molkereibesitzer Schmidtchen.
Strenznaundorf: Molkereibesitzer Schmidtchen.
Dobergast: Kaufmann Böhme.
Beachstedt: Mittelschullehrer Brenner.
Meuschen: Mittelschullehrer Brenner.
Oberheldrungen: Frau Witholz.
Nebra: Frau Witholz.
Schladebach: Oberpostrat Krämer.
Pösten: Lehrer Büchner.
Poserna: Hauptlehrer Poetzsch.
Damsen: Nachmittags Geschäftsführer Wittig.
Taucha: Abends Geschäftsführer Wittig.
Freist: Geschäftsführer Dr. Heim.
Strenznaundorf: Dr. Heim.
Eyleben: Nachmittags Dr. Rochlitz.
Hemmleben: Abends Dr. Rochlitz.
Montag, den 14. Mai, abends 8 Uhr.
Schraplau: Abgeordneter Heidenreich.
Weißenfels: Abgeordneter Dr. Neumann.
Teuchern: Dr. Moesta.
Braunsdorf: Obersteuerinspektor Gohlke.
Dobrieß: Kaufmann Böhme.
Zöhachau: Lehrer Altstädt.
Schwerz: Mittelschullehrer Brenner.
Stopau: Kaufmann Alsleben und Frau Leo.
Creisfeld: Geschäftsführer Barthel.
Franzleben: Geschäftsführer Kubbutat.
Zöhertau: Studienrat Frank.
Bad Bibra: Gauvorsteher Feger.
Tölme: Hauptlehrer Müller.
Mutschau: Lehrer Büchner.
Köttichau: Hauptlehrer Poetzsch.
Weißenfels: Gauvorsteher Feger.
Kretzschau: Dr. Rochlitz.

666000 zwecklose Wahlstimmen.

Das Uebel der Splitterparteien.

Bei der Wahl zum Reichstag am 7. Dezember 1924 blieben folgende Parteien: Häuserbund, USPD., Starkbund, Deutsche Aufwertungspartei, Freiwirtschaftsbund FFF., Deutschsoziale Partei, Christlichsoziale Volksgemeinschaft, Nationale Minderheiten Deutschlands, Deutschvölkische Reichspartei, Aufwertungs- und Wiederaufbaupartei, Mieterpartei, Partei für Volkswohlfahrt, Deutschchristliche Volkspartei, also

im ganzen 13 Splitterparteien

mit insgesamt 597 969 Stimmen ohne jede Vertretung. Dazu kommen 68 087 Stimmen der Nationalsozialisten, die ohne Vertretung bleiben mußten, weil sie in den Wahlkreisen nur sieben Abgeordnete durchgebracht hatten und infolgedessen auf der Reichsliste auch nur sieben Sitze erhalten konnten.

Also: 666 056 Wähler sind 1924 umsonst zur Wahlurne gegangen. Schlagender kann der Unfug der Splitterparteien nicht bewiesen werden. **Elf Mandate sind dem nationalen Bürgertum auf diese Weise verlorengegangen.**

Wähler!

Macht diesmal nicht den gleichen Fehler! Weg mit den Splitterparteien!

Wählt Deutsche Volkspartei, Liste 4!

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Haisler, Halle (Saale). Druck: Otto Hendel-Druckerei, Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-19280512033/fragment/page=0002